

Monika Kaiser:  
 Machtwechsel von Ulbricht zu  
 Honecker. Funktionsmechanismen  
 der SED-Diktatur in Konfliktsituationen  
 1962 bis 1972. (Reihe: Zeithistorische  
 Studien. Herausgegeben vom Zen-  
 trum für Zeithistorische Forschung  
 Potsdam e.V. Bd. 10.) Akademie Verlag  
 Berlin 1997, 480 S. (78,00 DM)

Walter Ulbricht als »aufgeklärter Absolutist« und Reformers, der von seinem dogmatischen Kronprinzen Honecker in langem und hinterhältigem Machtkampf letztendlich politisch kaltgestellt und gestürzt wird – das ist das Fazit des exzellent recherchierten Buches Monika Kaisers. Obwohl die Titel etwas irritierend den Verkaufsabsichten des Verlages angepaßt sind, umreißen sie doch wichtige Aspekte. K. legt Fakten und Argumente dar – ähnlich einigen anderen neuen Arbeiten – »für eine gewisse Neubewertung des ›alten Ulbricht‹ und der Spätphase seiner Herrschaft« (S. 16). Das betrifft zum einen den engeren Prozeß des Machtwechsels, genauer des von Honecker mit Unterstützung einer reformfeindlichen Fraktion im SED-Politbüro und bei ständiger Rückversicherung bei den Moskauer Geistesverwandten um Breshnew organisierten Prozesses der zunehmenden Ausschaltung Ulbrichts und seinen schließlichen Sturz. Dabei macht K. »eine Art Doppelherrschaft zwischen Ulbricht und Honecker« seit dem »Kahlschlag«-Plenum im Dezember 1965 aus (S. 55). Dabei ist sie jedoch unentschieden, ob der wirtschaftliche Bruch (noch verklausuliert) hier entscheidend war oder die Rücknahme der jugend- und kulturpolitischen Neuerungen. Sie liefert für beides Argumente, auch wenn sie den Tod Erich Apels wohl zu sehr mystifiziert. Eine politische Kaltstellung ist nach ihrer Darstellung wahrscheinlich, eine Attentatsvariante (gar des KGB) scheint weit hergeholt (S. 126). Da allerdings die durch Moskau erzwungene wirtschaftspolitische Neuorientierung mit den jugend- und kulturfeindlichen Vorstößen der Honecker-Gruppe zeitgleich lief, ging es den Reformfeinden wohl um eine »Klärung« auf beiden Gebieten. Allein Apels Freitod verhinderte eine offene Korrektur der

Wirtschaftspolitik, verdeckt wurde sie jedoch eingeleitet.

Auf jeden Fall nutzt die ostdeutsche Autorin den Machtwechsel als »Focus«, um »die politischen Entscheidungsprozesse« und das Funktionieren »der SED-Diktatur auf der Herrschaftsebene« genauer zu erforschen (S. 20).

Zum anderen die Untersuchung von tatsächlichen oder vermeintlichen, möglicherweise gar inszenierten Krisen in der DDR, die durch die SED-Führung zu meistern waren und die – so K. – von Honecker instrumentalisiert wurden, um den ihm unliebsamen Reformkurs auszubremsen und schließlich abzubrechen.

Eigentlich liegt mit dem Buch eine weitreichende DDR-Geschichte für die Zeit vom Mauerbau bis zum Etablieren der Honecker-Ära vor. Das ist die Zeit des weitgehendsten DDR-Reformversuchs des sowjetischen Sozialismusmodells. Der beständige Hinweis von K., daß Ulbricht »nur« einem »systemimmanenten Horizont« für die Reformen (S. 152) verpflichtet war oder daß er der Illusion eines Beispiels für den Westen anhing, dürfte seine Leistung nur wenig schmälern. Ulbricht schien bis Beginn der sechziger Jahre den stalinistischen Politikertyp zu verkörpern. Mit allen Mitteln sorgte er dafür, daß die DDR als der zweite, der »sozialistische deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat« entstehen und sich behaupten konnte. Bemerkenswert – sein vorherrschendes Bild korrigierend – ist, daß er nun in eine andere Rolle schlüpfte. Nach Mauerbau und Ende der »Abstimmung mit den Füßen« suchte er nach Wegen, um »seinen« Sozialismus attraktiver und im Sinne einer »nationalen Mission der DDR« auch für die Bundesrepublik zum Vorbild gesellschaftlichen Wandels zu machen. Dabei war er in Anwendung eines Lenin-Wortes »überzeugt, daß nichts und niemand die SED-Herrschaft stürzen könne außer: die eigenen Fehler« (S. 38). Anschaulich belegt K. den Weg dieser Reform »von oben« seit 1962. Sie zeigt die Wechselwirkung zu den parallelen Diskussionen in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, schließlich die Pionierrolle der DDR in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Die neue Wirtschaftspolitik mit Zuwendung zur Selbständigkeit der Betriebe und zum Gewinn als einer Zentralkategorie sowie die von ihr als »liberal« apostrophierte Kul-

tur- und Jugendpolitik werden vielfach auf neu erschlossene Archivadokumente gestützt dargestellt. Hervorzuheben ist die Untersuchung des Schicksals der Jugendkommission und ihres Vorsitzenden Kurt Turba, der von Ulbricht in bewußter Konkurrenz zu Honecker als zuständigem Sekretär eingesetzt wurde. Gleichzeitig werden die Intrigen Honeckers und der ihn Unterstützenden im Vorfeld des 11. Plenums 1965 deutlich, eine selbstinszenierte Krise. Vorkommnisse bei Jugendlichen und abweichendes, aber pro-DDR-kritisches Agieren von Künstlern wurden zur Bedrohung hochstilisiert, die die Sicherheits- und Machtfanatiker in der SED-Führung für einen Kurswechsel nutzten.

Leider nur an der Konkurrenzsituation Politbüro/Sekretariat zum »Strategischen Arbeitskreis« Ulbrichts und der Rolle des Staatsrates werden Fragen eines möglicherweise abweichenden Demokratiekonzepts des patriarchalen »Übervaters« des NÖS diskutiert. Mit seiner Formel vom »sozialistischen Rechtsstaat«, der breiten Diskussion nicht allein der Verfassung von 1968, sondern auch wichtiger Gesetze, dem Rechtspflegeerlaß von 1964 u.ä. waren offenkundig bewußt Ausweitungen der sozialistischen, durchaus weiter gelenkten Demokratie verbunden, die noch näher zu untersuchen wären.

Eine wichtige Rolle spielt die Untersuchung der Beziehungen zu Sowjetunion und Bundesrepublik. In beiden Fällen agiert Ulbricht als »deutscher Patriot«, der sich mit der ständigen Moskauer Bevormundung schwer tut, selbst auf wirtschaftlichen Wandel im Ostblock drängt, von Moskau jene wirtschaftliche Unterstützung für seine Reform verlangt, die von dort nicht mehr im eigenen Interesse und angesichts des Übergangs zum forcierten Wetttrüben gegeben werden kann. Gleichzeitig rückt K. das tradierte Bild von Ulbricht als »Bremsen« einer flexibleren Politik zur Bundesrepublik zurecht. Deutlich wird, daß er die Chancen von Großer Koalition bzw. SPD/FDP-Koalition – trotz Furcht vor Sozialdemokratisierung – für ein geordnetes und gegenseitig nutzvolles Nebeneinander der beiden deutschen Staaten nutzen wollte. Die Honecker-Fraktion verstand es damals, Moskau in Sorge ob Ulbrichtscher Alleingänge zu versetzen und ihn durch dortigen Druck zum Verzicht auf

seine Verhandlungsvorstöße zu bringen. So erschien er öffentlich als unverbesserlicher Kalter Krieger, während er intern immer wieder versuchte, seine Ideen einzubringen, was schließlich seinen Sturz begünstigte.

Auch in der Haltung zum Prager Frühling räumt K. mit verbreiteten Auffassungen auf, daß Ulbricht ein besonderer Scharfmacher gewesen wäre. Sie zeigt sein Interesse an Wirtschaftsreformen und der Eigenständigkeit der einzelnen Ostblockstaaten. Aber sie bestätigt auch, daß Ulbricht in den Entscheidungssituationen immer die Vormacht der östlichen Supermacht und das Machtkalkül über alle Bedenken stellte.

Eines fällt in der Darstellung allerdings auf. Ulbricht agierte in den sechziger Jahren sichtbar abgelöst von einem Teil des Politbüros, welcher sich nicht auf Reformen einzustellen vermochte. Diese Politiker waren weit lernunfähiger als ihr greiser 1. Sekretär. Angesichts der detailliert nachgewiesenen Intrigen und des internen Kampfes zweier Linien der Politik – sowohl in Wirtschaft wie Ideologie oder Deutschlandpolitik – fällt Ulbrichts Unvermögen auf, den Widerstand gegen seine Reformlinie zu durchschauen und die intrigante Rolle Honeckers zu entlarven. Erst im Sommer 1970 versuchte er diesen von seinen Funktionen zu entbinden, was an der sofortigen Moskauer Intervention scheiterte. Mittag als Alternativkandidat – der längst zur Fronde gehörte – spricht auch nicht für Ulbricht. So viel Unwissenheit des 1. Sekretärs, bei allen Krankheiten, ist unwahrscheinlich. Zudem tat er wenig, um seine Hausmacht zu festigen. Die genannten Reformer – vor allem Apel, Mittag, Berger, auch Wolf, Koziolok, Halbritter, Jarowinsky – müssen auch für Ulbricht keine Größenordnung gewesen sein. Warum suchte er nicht, zwischen VI. und VII. Parteitag die Parteigremien in seinem Sinne umzusetzen? Als Kenner und Konstrukteur eines allmächtigen Apparates, der Honecker selbst zum Nachfolger an den Schaltstellen der Macht aufgebaut hatte, soll er die Gefahren nicht gesehen haben? Antworten dürften vielschichtig ausfallen. Da spielte das Alter und der Wunsch, sich aus dem Tagesgeschäft zurückzuziehen, eine Rolle. Das, was K. wiederholt als seinen »bedenkenlosen Opportunismus und machtpolitischen Pragmatis-

mus« brandmarkt (S. 214), wenn er sich der (dogmatischen) Politbüromehrheit unterwarf, dürfte tiefere Ursachen haben. Denn tatsächlich dürfte Ulbricht als glasharter Machtpolitiker viele Befürchtungen seiner Opponenten geteilt haben. Wenn sie die »besseren« Argumente boten, dann war er bereit, diesen nachzugeben. Die Macht blieb ihm das Wichtigste. Da gibt es widersprüchliche Handlungen. So ist der Vorstoß Hagers auf dem Philosophie-Kongreß im März 1968 gegen den Prager Frühling wohl kaum hinter dem Rücken Ulbrichts erfolgt, denn der hatte zuvor auf der 5. Tagung diesem Kongreß die Auseinandersetzung mit revisionistischen Auffassungen empfohlen. Und Hager war dort Hauptreferent.

Die Haltung zu BRD und SPD blieb widersprüchlich. Dank der Medien und des MfS dürfte man in Berlin die widersprüchlichen Positionen am Rhein gekannt haben. Die Furcht vor Unterwanderung und Isolierung der DDR war so für Honecker, aber auch Ulbricht durchaus belegbar. Die ambivalente Haltung des Westens wird bislang zu wenig berücksichtigt. Die letztlich immer noch funktionierende Unterwerfung unter Moskaus letztes Wort tat bei Ulbricht ein übriges. Sie entschied auch für ihn die Nachfolgefrage. Und eines war für ihn Tabu – sich wirklich an die Parteimitglieder oder gar ganz demokratisch an das Volk zu wenden.

STEFAN BOLLINGER

**Bernhard Schäfers /Wolfgang Zapf**  
(Hrsg.): Handwörterbuch zur  
Gesellschaft Deutschlands,  
Verlag Leske + Budrich Opladen  
1998 ( 98,00 DM)

Die deutsche Gesellschaft theoretisch »schulenübergreifend« und empirisch fundiert schnell faßbar abzubilden ist das Anliegen dieses Bandes, der als Kompendium der Soziologie gelten will. Vorab bemerkt, ist dieses Anliegen als weitgehend gelungen zu bewerten. In über sechzig Artikeln haben sich deutsche Sozialwissenschaftler aus West und, was immer noch bemerkenswert ist, auch aus Ost mit den wesentlichen Handlungsfeldern der Soziologie im weiteren Sinne beschreibend und

analysierend auseinandergesetzt. Dies freilich gelingt nicht in allen Fällen entsprechend der Intention der Herausgeber, die das Nachschlagewerk nicht nur an Sozialwissenschaftler adressieren wollen, sondern auch an Politik, Verwaltung, Medien und Ausbildungsinstitutionen. Um dieses Ziel vollständig erreichen zu können, wäre doch vielfach noch mehr redaktionelle »Übersetzungsarbeit« zu leisten gewesen, wobei zuzugestehen ist, daß Vereinfachungen, wie bei allen wissenschaftlichen Disziplinen, nur bis zu einem gewissen Grade möglich sind.

Kritik bezieht sich somit eher auf einzelne Beiträge. Insbesondere gilt dies für die Sozialstrukturanalyse, die unter der Überschrift »Soziale Ungleichheit« immer noch viel zu wenig die massen- und dauerarbeitslosigkeitsgenerierten Verwerfungen der Sozialstruktur einbezieht.

Bemerkenswert scheint weiterhin, daß ostdeutsche Soziologen, konkret hier Peter Voigt, sich quasi glauben entschuldigen zu müssen, wenn sie zur Analyse der DDR-Gesellschaft resp. deren sozialem Erbe schreiten. Zum Abschluß seines instruktiven Artikels zur »Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949-1990« bemerkt Voigt überraschenderweise: »Die DDR war kein »Gespenst«, sie hat es realiter gegeben.« (S. 253) Daß der Autor glaubt, eine solche Selbstverständlichkeit und deren Konsequenzen – daß nämlich aus der nichtgespenstischen Gesellschaft Biographien mit spezifischen Norm- und Wertvorstellungen resultieren – betonen zu müssen, kann man sich möglicherweise auch mit der Ignoranz westdeutscher Sozialwissenschaftler erklären.

Trotz dieser und anderer Detailkritik ist das Vorhaben, einen Überblick über den Stand sozialwissenschaftlicher Forschung geben zu wollen, generell zu begrüßen. Den behandelten Stichworten scheint insgesamt wenig hinzuzufügen, der Anspruch auf Vollständigkeit somit erfüllt. Auch das grundlegende Schema, nach dem den einzelnen Beiträgen jeweils eine Begriffsbestimmung zugrundeliegt, der eine sozialgeschichtliche Einführung folgt, worauf die aktuelle Situation beschrieben wird, kommt dem Anliegen des Handbuches zugute.

Abweichen vom grundlegenden Schema darf der abschließende Essay von Karl Otto

Hondrich, der »Zukunftsvorstellungen« untersucht. Fernab von den ad absurdum geführten Gewißheiten des ML-»wissenschaftlichen Sozialismus« führt Hondrich aus, daß Trends vermutet werden können, die aber exakt nicht vorhersehbar seien. Wir können uns – obwohl noch keine Generation so gute Anhaltspunkte für eine Zukunftsanalyse hatte – gewaltig irren: »Für die ... welthistorische Offenbarung des Irrtums steht ... eine Jahreszahl: 1989. Heute sehen wir das so. Vielleicht in Zukunft nicht mehr. Vielleicht wird sich in der Zukunft, wenn sie keine Zukunft mehr sein wird, offenbaren, daß wir uns auch heute irren, zum Beispiel, wenn wir den Kapitalismus unaufhaltsam auf dem Vormarsch sehen.« (S. 744)

FRIEDHELM WOLSKI- PRENGER

Véronique Garros, Natalija Korenewskaja, Thomas Lahusen (Hg.): Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit. Aus dem Russischen übersetzt und annotiert von Barbara Conrad und Vera Stutz-Bischitzky, Rowohlt Berlin 1998, 441 S.

Auf der Suche nach Erklärungsmustern für die Entwicklung der UdSSR in den dreißiger Jahren wenden sich Historiker und Verleger immer häufiger Dokumenten zu, die »die Stimme des Volkes« wiedergeben und einen Eindruck vom »wahren Leben« im Vaterland der Werktätigen vermitteln. Das Interesse an den privaten, »inoffiziellen«, nicht von der Zensur geschönten Stimmungen und Meinungen war immer ausgeprägt. Im NKWD war es die Geheime politische Abteilung, die in Ermangelung von Beweismaterial ein ausgeprägtes Interesse an persönlichen Aufzeichnungen jeder Art hatte. W. Schentalski und W. Koljasin haben in den Archiven der »Organe« viele Aufzeichnungen bekannter und unbekannter »Sklaven der Freiheit« entdeckt. In Fachzeitschriften und Sammelbänden sind Auszüge aus Tagebüchern veröffentlicht worden, deren Verfasser aus allen Schichten der Bevölkerung kommen. An dieser Stelle seien nur einige Autoren genannt: der Geistliche E. N. Nikolajew, der Rote

Professor A. G. Solowjew, das Akadmiemitglied W. W. Wernadski, der Bauernsohn und Bestarbeiter S. Podlubny, die Frauen der verurteilten »Volksfeinde« M. A. Swanidse und Ju. Sokolowa-Pjatnitskaja.

Im Unterschied zu den bisher in Rußland erfolgten verstreuten und das Kontrastprogramm der in der Presse veranstalteten Propagandakampagnen nur z.T. aufzeigenden Editionen enthält das vorliegende Buch eine Auswahl aus Tagebüchern, die fünf Männer und zwei Frauen von 1936 bis 1938 verfaßten. Als die Herausgeber aus etwa zweihundert, im Ergebnis ihrer Recherchen in Moskauer Archiven zusammengetragenen Tagebüchern das Material für die 1995 veröffentlichte amerikanische Erstausgabe auswählen konnten, lag das inzwischen bei dtv in München verlegte Moskauer Tagebuch von Podlubny noch nicht vor. Leider haben die Herausgeber Podlubnys Aufzeichnungen nicht durch andere, unveröffentlichte, z.B. die eines Geistlichen, ersetzt. Podlubny, I. D. Frolow, der am alten Julianischen Kalender festhält und A. S. Arschilowski waren Bauern.

Zu den ersten aufmerksamen Lesern des von Arschilowski, einem Bauern aus dem Bezirk Tjumen, verfaßten Tagebuchs gehörte ein Untersuchungsführer des NKWD, dessen Unterstreichungen in die vorliegende Ausgabe übernommen wurden. Arschilowski wurde als Mitglied einer »konterrevolutionären Gruppierung kulakischer Schädlinge« im Juni 1937 verhaftet und am 5. September 1937 erschossen. Heute ist die vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) bestätigte Direktive und der darauf aufbauende Befehl 00447 des NKWD bekannt, nach dem Arschilowski zum Tode verurteilt wurde. Leider finden sich im Kommentar, der Begriffserklärungen und biographischen Angaben vorbehalten ist, keine weiterführenden Hinweise dieser Art. Oft bleiben diese Erläuterungen, wie z.B. über die Troikas, die Volkszählung oder die »Antiformalismuskampagne«, sehr allgemein.

Einige biographische Angaben bedürfen der Korrektur. Meyerhold wurde am 20. Juni 1939 verhaftet und am 2. Februar 1940 erschossen. Bubnow, Volkskommissar für Volksbildung, wurde auf dem Januarplenar des ZK der KPdSU(B) von seinen Funktionen im Staatsapparat entbunden und am 1. August 1938 erschossen. Stachanow lebte von 1906

bis 1977, Sokolnikow wurde am 21. Mai 1939 im Gefängnis von Mithäftlingen umgebracht, Jeshow wurde nicht im Sommer, sondern bereits am 4. Februar 1940 erschossen, Sergo Ordshonikidse wurde 1886 geboren, Kaganowitsch starb 1991, Pospelow war Leiter der Verwaltung Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU(B). Jagoda »gestand« die Ermordung des Sohnes von Maxim Gorki als Angeklagter im Moskauer Schauprozess von 1938. Nadeshda Peschkowa, Gorkis Schwiegertochter, stand auch nach dem Tod ihres Mannes unter ständiger Beobachtung des NKWD. Bis zu ihrem Tod am 10. Januar 1971 unternahm sie dreimal den Versuch, »ein neues Leben« zu beginnen. Das NKWD verhaftete einen Ehemann nach dem anderen. Die Kommentatoren haben darauf verzichtet, im nachhinein vorgenommene Eintragungen kenntlich zu machen. Unter dem Eindruck der Beisetzung Gorkis an der Kremllmauer am 18. Juni notierte G. W. Stange am 19. Juni: »Die Sonne hat sich verfinstert. Alexej Maximowitsch Gorki ist gestorben«. Durch ein Versehen wird aus dem »Kurzen Lehrgang der Geschichte der UdSSR« die »Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang«. Mit Blick auf die Tagebucheinträge, in denen von Betrug und Diebstahl die Rede ist, erscheint es fast selbstverständlich, daß die Angaben in Pud und Kilogramm stark voneinander abweichen.

»Einheitsparteiitage« hat die KP der Ukraine nie abgehalten, Potjomkin ging in Naberschnye Tschelny zur Schule, Troika trifft den Sachverhalt besser, als »Dreierleitung«, handelt es sich bei »Pirogi« wirklich um eine Behausung, oder sind damit nicht doch die Piroggen gemeint, von denen in den Tagebüchern die Rede ist? Drei Rhomben waren die Dienstgradabzeichen eines Generalleutnants der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD.

Für die Spannung beim Lesen und Vergleichen der offiziellen Meldungen über die die Moskauer Schauprozesse einrahmenden Volksfeste und Totenfeiern mit den Tagebucheinträgen sorgt die leider nur für das Jahr 1937 nach der Regierungszeitung »Iswestija« zusammengestellte Chronik. Die Sprache und Diktion der Zeitungsmeldungen ging im Zuge der redaktionellen Nachbesserung der Annotationen verloren. Wer auf den Originalton der in der »Iswestija« veröffentlichten Artikel

Wert legt, ist gut beraten, auf die Übersetzungen in der in Moskau herausgegebenen »Deutschen Zentralzeitung« oder in der Baseler »Rundschau« zurückzugreifen.

Aus einer Information der Geheimen politischen Abteilung des NKWD für Mitglieder des Politbüros vom Oktober 1936 geht hervor, daß eine Bäuerin, die im Verlauf der Verfassungsdiskussion vorschlug, die Formulierung »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« durch »Wer arbeitet, soll auch essen«, zu ersetzen, wegen trotzkistischer Propaganda verhaftet und verurteilt wurde. Die veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen zeigen die Tragweite dieser unter der Landbevölkerung verbreiteten Forderung. In den Aufzeichnungen der Bauern überwiegt die Schilderung der Unmöglichkeit, ein normales Leben zu führen. Häufig finden sich Hinweise auf die Unfähigkeit und das Scheitern der »Leitungen«. Der Versuch, die Mißstände zur Sprache zu bringen, scheidet im Regelfall. »Was ich auch sage«, schreibt Arschilowski, »alles wird mir schlecht ausgelegt, in allem sehen sie das Bemühen, die Partei zu verleumden, nennen es Anschlag des Klassenfeindes. ... Wir sind verdammt bis in den Tod.«

Stärker als die Unterschiede zwischen Stadt und Land treten die vergleichbaren Probleme hervor. Das Geld reicht nie, es fehlt an Wohnraum, ein Privatleben gibt es so gut wie nicht. Nachdem G. W. Stange völlig in der gesellschaftlichen Arbeit aufgeht, stellt sie fest: »Zeit haben wir nicht füreinander, immer trennt uns die Arbeit. Nur selten sehen wir uns, und dann sind wir beide müde.« Daß ihr Leben im Widerspruch zu der von Kaganowitsch verkündeten Botschaft steht, die sie als Vertreterin der Frauenbewegung ihren Geschlechtsgenossinnen nahebringen soll, verdrängt sie immer wieder. »Fürsorge für unsere Männer: gut für sie zu kochen, keinen Kummer bereiten, eine angenehme Atmosphäre schaffen, für gute Stimmung sorgen, ihnen wirkliche Erholung gönnen.« »Die Familie klagt darüber,« notiert G. W. Stange, »daß ich selten zu Hause bin. Sie tun mir leid, aber was soll ich denn machen? Ich bin doch nicht zu alt und möchte noch ein eigenes Leben führen.« Vorerst kann sie sich dieses »sinnerfüllte« Leben nur im Gleichschritt mit der Partei vorstellen.

Offen bleibt, wie sich das Schicksal der

Familienangehörigen, die beruflich mit der Eisenbahn verbunden waren, gestaltete. Der von Stange abgöttisch verehrte Kaganowitsch hatte als Volkskommissar für Verkehrswesen sein Volkskommissariat und die wichtigsten Bahnlinien von »Schädlingsen und Saboteuren« gesäubert. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Frauenbeauftragte, die sonst im Tagebuch nur ihre Arbeit betreffendes festhält, am 2. September 1937 notiert: »Heute hat das ZEK einen Beschluß über den verstärkten Kampf gegen Spionage, Diversion und Schädlingstätigkeit veröffentlicht und die Höchststrafe für die obengenannten Delikte auf 25 Jahre Haft festgelegt.« Als sie aus gesundheitlichen Gründen ihre ehrenamtliche Tätigkeit aufgeben muß, beginnt der dritte Moskauer Schauprozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«. Ich werde darüber nichts schreiben, steht im Tagebuch, »da ich die Zeitungsausschnitte sammle, denen man alles entnehmen kann«.

Die ausgewählten Tagebucheinträge von W. P. Stawski beginnen mit einem Brief an Jeshow vom 16. März 1938, in dem der Kulturfunktionär und Chefredakteur der Literaturzeitschrift »Nowy Mir« den 1937 aus der Verbannung entlassenen Schriftsteller Mandelstam denunziert. Mandelstam wurde verhaftet, verurteilt und verbannt. Als er im Dezember an seinen Entbehren im Lager verstarb, befand sich Stawski im Sanatorium. Gibt es in Stawskis Tagebuch Einträge über den Moskauer Schauprozeß vom 2. bis 12. März 1938? Das würde einige Motive des »Henkers und Denunzianten«, als der Stawski eingeführt wird, erklären. Auf dem Hintergrund der Ablösung Jeshows durch Berija widerspiegeln die Tagebucheinträge den gelungenen Versuch, den Sturz zu vermeiden und »einen neuen Lebensabschnitt« zu beginnen. Stawski beschreibt einen seiner »Schutzengel« im Kreml: »Macht keinerlei Andeutungen. Aber an seinen Augen sehe ich, daß er voll im Bilde ist, was läuft, was geredet wird, hervorragend informiert.«

L. P. Potjomkin legte 1937 sein Examen als Geologe und Bergbauingenieur ab. »Er hätte gern Philosophie und Literaturwissenschaft studiert, konnte sich jedoch nur am Bergbauinstitut einschreiben, weil er dort auch mit unvollständiger Schulbildung angenommen wurde. Im Tagebuch aus den Jahren 1934 bis

1936 beschreibt er die am Institut eingerichtete »Kulturuniversität« und seine Tätigkeit als Komsomolfunktionär. »Zuweilen kriege ich Äußerungen mit, daß ich mich wie ein Diktator gebärde, und spüre gewisse Spannungen, eine Entfremdung von den Interessen der Massen. Jetzt gelingt es mir, der Erziehung der Massen eine lebendige, kameradschaftliche Form zu geben.« Potjomkin fühlt sich als Ingenieur der Seele.

Ganz anders L. J. Schaporina, deren Aufzeichnungen zu den bedrückendsten im Band gehören. Ihre erste Tagebucheintragung entstand nach einem fünfstündigen Verhör beim NKWD im März 1935. Ein Jahr später nähert sich die »Antiformalismuskampagne« ihrem Höhepunkt. Schaporina hat aber auch deren Beginn am 12. Dezember 1935 reflektiert, der in der vorliegenden Veröffentlichung viel zu kurz kommt. Außerdem verwechseln die Kommentatoren die in der »Prawda« im Januar und März 1936 veröffentlichten Artikel. Dann folgt ein Schauprozeß auf den anderen. »Feuchtwanger wundert sich, weshalb diese Freimütigkeit, der Naivling!« Anfang Oktober 1937 findet sich im Tagebuch ein Eintrag über die Gleichgültigkeit der Menschen bei der Nachricht über vollstreckte Todesurteile. Zwei Jahre später geht es ihr ähnlich. Unter den Opfern sind Bekannte aus allen Bevölkerungsschichten.

Am Vorabend der Wahlen setzen Massenverhaftungen unter den Gläubigen und Geistlichen ein. Am 22. November 1937 der Eintrag: »Ich wache morgens auf und denke mechanisch: Gott sei Dank, heute haben sie mich nicht verhaftet, tagsüber verhaften sie nicht, und was in der kommenden Nacht sein wird, weiß man nicht. ... Wie gut, daß ich absolut ruhig und gleichgültig gegenüber allem bleibe. Aber die meisten Menschen leben in wahnsinniger Angst.« Allein die Hinwendung zur russischen Kunst und Religion bringt Trost. Die Frage »Wie ist das zu verstehen?« mündet in die nach Wahrheit und Lüge. Ein Grund mehr, sich dem »wahren Leben« zu stellen, und die Tagebücher aus der Stalinzeit noch einmal, unter Einbeziehung der heute zugänglichen Editionen der in der Führung des NKWD und der KPdSU(B) entstandenen Dokumente zu lesen.

WLADISLAW HEDELER